



Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 30.11.2017

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
am Mittwoch, 6. Dezember 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 1.11.2017
2. **17-F-05-0038**

Krankenstand in der Stadtverwaltung
- Antrag der FDP vom 28.11.2017 -

Aus dem jüngsten Bericht des Integrierten Gesundheitsmanagements geht hervor, dass die Krankenstände in der Wiesbadener Verwaltung seit dem Jahr 2004 fast kontinuierlich angestiegen sind. Wiesbaden nimmt hier mit mittlerweile 8,1 Prozent Fehlzeitenquote unter den Kommunen des Deutschen Städtetags einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Um die Ursachen für diese Entwicklung vertieft zu analysieren und ggf. wirkungsvoller entgegenzusteuern, benötigt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration Kinder und Familie eine breitere Informationsbasis. Der Bericht vom 07. November beleuchtet noch nicht alle relevanten Aspekte. Eine Klärung liegt im Interesse der städtischen Beamten und Angestellten genauso wie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu folgenden Punkten zu berichten:

- 1) Im Bericht wurden Wochenenden als Krankheitstage erfasst. Wie hoch wäre der Krankenstand, wenn lediglich die krankheitsbedingten Arbeitstage gewertet würden?
- 2) Wie bewertet der Magistrat die attestierte „hohe psychologische Belastung“ (Folie 2) und was gedenkt er dagegen zu tun?
- 3) Gibt es im Laufe des Jahres / der Woche regelmäßig feststellbare Hochstände zu bestimmten Zeiten? Welche Wochentage sind besonders betroffen?
- 4) Sieht der Magistrat einen Zusammenhang zwischen Krankenstand und demographischer Struktur der Belegschaft?

3. 17-F-08-0066

Sanktionen gegen Leistungsberechtigte nach SGB II
- Antrag der Fraktion L&P vom 28.11.2017 -

Nach Ansicht des Sozialgerichts Gotha ist die Kürzung des Arbeitslosengeldes II verfassungswidrig, weil sie gegen mehrere Grundrechte verstößt, u.a. gegen die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und die Gesundheit der Betroffenen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Leistungsberechtigte nach SGB II wurden 2016 mit Leistungskürzungen sanktioniert?
2. Wie hoch waren die Leistungskürzungen durchschnittlich?
3. In wie vielen Bedarfsgemeinschaften waren infolge dieser Sanktionen auch Kinder betroffen? Wie viele Kinder waren dies insgesamt?
4. Wie oft erfolgten Kürzungen des Regelsatzes um
 - a. 100 % bzw.
 - b. 50 %?

Es wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

4. 17-F-08-0067

Verweildauer in Geflüchtetenunterkünften
- Antrag der Fraktion L&P vom 28.11.2017 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Wie viele Personen sind derzeit in den Gemeinschaftsunterkünften

1. Berliner Straße
2. Hans-Bredow-Straße

3. Mainz-Kastel (Kastel Housing)
4. Mainzer Straße
5. Otto-Wallach-Straße

untergebracht? Wie viele davon

- a. länger als 3 Jahre
- b. länger als 1 Jahr
- c. länger als ein halbes Jahr
- d. länger als einen Monat?

Es wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

5. 17-F-08-0068

Erhalt der offenen Angebote des Kinderhauses Elsässer Platz
- Antrag der Fraktion L&P vom 28.11.2017 -

Mitte nächsten Jahres werden Hortgruppen, Hausaufgabenbetreuung und die offene Arbeit für Schulkinder des Kinderhauses am Elsässer Platz eingestellt. Unklar ist, was aus den bisherigen Stadtteil-Angeboten des Schülerclubs KiWi wird. Der Schülerclub besteht aus einer Hortgruppe und offenen Angeboten für alle Kinder der umliegenden Stadtteile, im Besonderen der Stadtteile Westend/Bleichstraße und Rheingau-Hollerborn. Hier bieten Fachkräfte offene Angebote und Projekte an. Ziel war es, allen Kindern der Umgebung ein attraktives Angebot zur Freizeitgestaltung zu machen - gerade auch für solche aus benachteiligten Familien. Besonders beliebt ist der „active-park“, der während der Schulzeit jeden Freitag von 14 bis 18 Uhr und während dreier Wochen in den Sommerferien auf dem Platz vor dem Kinderhaus stattfindet. Außerdem werden in allen Schulferien spezielle Ferienprogramme angeboten. Nach Auskunft des Kinderhauses und des Elternbeirats ist völlig unklar, was aus diesen Angeboten wird, wenn das Hortangebot eingestellt wird.

Die Stadt will die über Jahre gewachsene räumliche und personale Infrastruktur mit Bewegungsraum, Holz- und Kreativwerkstätten, einem naturnahen Garten, der auch eine Bienenwerkstatt umfasst, aufgeben und dafür an gleicher Stelle mehrere Kitagruppen einrichten. Das in Hortpädagogik ausgebildete und sehr erfahrene Personal soll in den entstehenden Kita-Gruppen fast schon „fachfremd“ eingesetzt werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie wolle deshalb beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über die derzeitige Situation und die weiteren Planungen zum Kinderhaus Elsässer Platz zu berichten.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, die vielfältigen offenen Angebote, die vom Kinderhaus Elsässer Platz für alle Kinder aus den Stadtteilen Westend/Bleichstraße und Rheingauviertel/Hollerborn angeboten werden, nach der Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt Wiesbaden und der geplanten Auflösung des dortigen Hortangebots zu erhalten.

6. 16-F-01-0013

ANLAGE

Kommunaler Sozialindex an Wiesbadener Kindertagesstätten und Schulen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2016 -

7. 17-F-10-0026

ANLAGE

„Portfoliobereinigung“ der GWH im Schelmengraben
-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 24.10.2017-
- Überweisungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 8.11.2017 -

8. 17-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 17-F-01-0015

ANLAGE

Auswirkungen der Pläne der Landesregierung zur Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen
- Bericht des Dezernates VII vom 30.10.2017 -

2. 17-F-21-0074

ANLAGE

Intensivbetten in Wiesbadener Krankenhäusern
- Bericht des Dezernates II vom 19.10.2017 -
Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

3. 17-V-33-0005

DL 48/17-5

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

4. 17-V-50-0011

DL 49/17-10

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2016

5. 17-V-51-0033

DL 48/17-9

Förderprogramm Soziale Stadtplus Schelmengraben: Neubau des Stadtteilzentrums -
Ausführungsvorlage

6. **17-V-51-0037** **DL 48/17-10**
Grundsatzvorlage zum Neubau einer Kindertagesstätte durch die SEG, Kinderhaus Schelmengraben
7. **17-V-51-0042** **DL 49/17-11**
Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2018 im Bereich der Ämter 50 Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge und 51 Amt für Soziale Arbeit
8. **17-V-53-0005** **DL 48/17-11**
Freigabe von Haushaltsmitteln des Gesundheitsamtes für Maßnahmen im 1. Halbjahr 2018
9. **17-V-20-0057** **DL 49/17-1 NÖ**
Genehmigung eines Kassenkredits an die WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbH

Zu den nachfolgenden Punkten tagt der Magistrat voraussichtlich am 05.12.2017.

10. **17-V-80-2344** **DL 50/17-1 NÖ**
Realisierung der Projekte von Zwerg Nase und Lebenshilfe auf den Klinikerweiterungsflächen im Bereich der HSK
11. **17-V-51-0043** **DL 50/17-1 NÖ**
Bundesprogramm Sprach-Kitas; zweite Förderwelle 2017 - 2020 Nachrücker

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender